



Würden Sie von diesem Mann einen Gebrauchtwagen kaufen?

Kein Vertrauen in die Regierung!

Seit der Nationalratswahl am 3.10.99 hat sich das Klima verändert. Auch vorher haben Politiker vor Wahlen viel versprochen, das sie nachher nicht hielten. Aber die Dreistigkeit, mit der uminterpretiert wird und mit der Versprechen gebrochen werden, ist neu. Und gerade die FPÖ, die sich als Partei der "Anständigen und Ehrlichen" präsentiert, hat Leichen im Keller, die schon zu stinken beginnen.

VON SONJA GRUSCH SLP WIEN MITTE

Beginnen hat es mit Schüssel und seiner Erklärung, dass die ÖVP in die Opposition ginge, würde sie nicht zweitstärkste Partei. Nach der Wahl sah dann alles anders aus: es wurden Verhandlungen geführt und dann eine Regierung gebildet.

BLAU-SCHWARZER SOZIALABBAU

Die Regierung betreibt Sozialabbau im großen Stil. Das Bemerkenswerte ist, dass sie dabei behauptet, "sozial ausgewogen" zu agieren. Die Taten der Regierung stehen im Widerspruch zu ihren Worten: Steht in der Regierungserklärung noch: "Die faktischen Benachteiligungen für Frauen müssen beseitigt werden." so ist das Gegenteil der Fall. Eigenständige Frauenpolitik gibt es nicht, Frauen werden zurück in die Familie gedrängt (Kürzungen bei Frauenprojekten und beim AMS - kombiniert mit der Kinderkeule). Ohne Kinder künftig keine kostenlose Mitversicherung. Studiengebühren hatte Unterrichtsministerin Gehrler noch vor einigen Monaten ausgeschlossen. Nun sind sie da.

Regierung eigentlich immer ehrlich und hat klargemacht, "es baucht die Bereitschaft, weniger Sozialtransfers durchzuführen" (Schüssel). Vom AMS wird Geld abgezogen, für die Arbeitslosen offeriert die Regierung mit "Integra" Zwangsarbeitsdienst und die Kürzung des Arbeitslosengeldes. Darüberhinaus vernichten sie zumindest 11.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst.

L..... UND B.....

"Keine Erhöhung der Steuerquote" (aus der Regierungserklärung) war die Ankündigung - tatsächlich wurden Steuern (Motorbezogene Versicherungssteuer), Abgaben (Elektrizitätsabgabe) und Gebühren (Führerschein, Reisepass) erhöht. Die Abgabenquote liegt auf einem historischen Höhepunkt. 45,8 Prozent des BIPs wird von den Steuerzahlern aufgebracht, der absolut überwiegende Anteil aus Lohn- und Massensteuern. "Für Österreichs Bevölkerung wird es zu keiner weiteren Belastung kommen" erklärte Vize-Kanzlerin Riess Passer am 3. Juni. Dann folgten u.a. Studiengebühren, Wegfall der Mitversicherung etc. Wenn Du oder ich

derartiges täten, würden wir als Lügner bezeichnet, aber schließlich handelt es sich ja hier um Regierungsvertreter.

"ENTPOLITISIERUNG"

Nicht mehr der Einfluß der Parteien, sondern Experten sollten künftig in Österreich urteilen - so die vollmundige Ankündigung. Abgesehen davon, dass sich erfahrungsgemäß verschiedene "ExpertInnen" finden lassen, die auch gegensätzliches argumentieren, werden die wahren ExpertInnen, nämlich die Betroffenen, von der Regierung ohnehin nicht gefragt.

In der Praxis setzten ÖVP und FPÖ Vertreter und Freunde z.B. ins ORF-Kuratorium und in den ÖIAG-Aufsichtsrat. Besonders pikant: Mit Rodolphe Schoettel, Ehemann einer FPÖ-Nationalratsabgeordneten, wird ein Spediteur und damit Konkurrenten der Bahn in den ÖBB-Aufsichtsrat entsandt. Bei der Wohnbaugenossenschaft des Bundes BUWOG sitzen seit neuesten ein FPÖ-naher Immobilienmakler und der bekannte Gegner von öffentlichem Wohnbau, Felderer im Aufsichtsrat - die Füchse im Hühnerstall sozusagen. Die RedakteurInnen des ORF wenden sich in einer Erklärung gegen die Versuche von Regierungspolitikern zu intervenieren.

(UN-)ANSTÄNDIGE FPÖ

Besonders gern spielt sich die FPÖ als Partei der "Anständigen" und "Ehrlichen" auf. Abgesehen davon, wie "anständig"

SSler sind (in Kärnten defilierte an Haider auch ein Banner mit dem SS-Spruch "Unsere Ehre heißt Treue" vorbei), so ist die FPÖ auch in der Vergangenheit schon wegen verschiedener Anständiger in die Medien geraten. Das Spektrum reicht von Bordellbesuch (Hilmar Kabas), Betrug (Peter Rosenstingl), Verdacht auf Steuerhinterziehung (Walter Meischberger) bis zur jüngsten Spitzelaffäre. Die FPÖ, die offensichtlich seit Jahren mit illegal abgefragten Datenmaterial und Falschmeldungen hantiert, um Gegner fertig zu machen, reagiert nun höchst empfindlich und verlangt nun "keine Vorverurteilungen".

WEN WUNDERTS?

Trotz der beliebig verlängerbaren Liste von 180-Grad-Wendungen wundert uns das nicht. Das ÖVP und FPÖ Parteien der Wirtschaft sind, die für eine Zerschlagung des Sozialstaates und für ein reaktionäres Gesellschafts- und Familienbild stehen, wußten wir schon vor dem 4. Februar. Und dass in einer Partei, die so schnell gewachsen ist wie die FPÖ, Mangel an Kadern herrscht und deshalb dubiose Gestalten bis in die Spitze kommen können und sich auch "alte" Mitglieder fragwürdiger Praktiken bedienen, ist nichts neues. All das zeigt nur, wie verrotten das System ist, in dem wir leben. Korruption, Verbrechen und Unehrllichkeit gehören zur Politik wie das Amen im Gebet.

FÜR EINE ANDERE POLITIK

Wer glaubt, daß Fälle wie die Spitzelaffäre das "Problem FPÖ" lösen werden, irrt. Die FPÖ hat Rosenstingl & CO überlebt und wird, solange sie sich als Partei des "kleinen Mannes" präsentieren kann ohne, dass eine Alternative von Links dagegensteht, weiter stark bleiben. Aber letztlich drücken selbst die Stimmen für die FPÖ auch den Wunsch vieler Menschen nach einer "anderen" Politik aus. Für eine Politik, die wirklich eine Vertretung der Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen darstellt, von einer, die nicht irgendwo in höheren Sphären schwebt, sondern weiß, was die Anliegen der "normalen" Menschen sind. Eine derartige Politik hat nichts mit dem zu tun, was die etablierten Parteien tun und kann nicht verwirklicht werden, solange sich Demokratie darauf beschränkt, alle paar Jahre ein Kreuz zu machen.

Echte Demokratie heißt, selbst aktiv zu sein, selbst mitzuentcheiden. Eine andere Politik heißt, das gewählte VertreterInnen nicht mehr verdienen dürfen, als die Menschen, die sie vertreten und auch jederzeit wieder abgewählt werden können. Solange es Geld ist, dass die Welt regiert, ist eine derartige Politik nicht möglich. Eine solche Veränderung ist eine tiefergehende. Die Produktion orientiert sich an Bedürfnissen, die ProduzentInnen entscheiden ebenso wie die MieterInnen, die SchülerInnen und die StudentInnen. Eine derartige

Der Datenklau geht um!

In seinem Buch veröffentlicht der ehemalige FPÖ-Gewerkschaftsfunktionär, Josef Kleindienst seine Erinnerungen und Erfahrungen als FP-Politiker im Polizeiapparat. Als erstes griffen die Medien einen vermeintlichen Bordellbesuch des wiener Freiheitlichen Hilmar Kabas auf. Als dieser noch in bewährter "Hump-Dump"-Manier nach Ausflüchten suchte, braute sich schon der nächste Skandal zusammen: Die FPÖ habe gegen Bezahlung mittels ihr nahestehenden Polizisten Personendaten aus dem Polizeicomputer bezogen. Neben aller moralischer Entrüstung stellt sich aber auch noch die Frage, wozu denn eigentlich diese Daten gesammelt werden und wieso offenbar jeder x-beliebige Polizist darauf zugreifen kann.

Israel/Palästina

Die seit Jahren forcierten "Friedensabkommen" von Oslo usw. sind binnen weniger Tage wie Kartenhäuser in sich zusammengefallen. Die internationale Diplomatie sieht sich einem für sie unlösbaren Problem gegenüberstehen: Palästinenser und Israelis erheben den Anspruch auf das gleiche Land. Die bis dato einzige Antwort des Westens ist der Aufruf zur Beendigung der Gewalt und die Rückkehr zur "Diplomatie". Auch wenn das nochmals gelingen sollte, so ist das der beste Garant für erneute Ausschreitungen und ein Zunehmen des Fundamentalismus auf beiden Seiten. Je weiter sich die "offizielle" Politik als unfähig zur Lösung des Konflikts erweist, desto leichter wird es für religiöse Gruppen ihren Einfluss weiter auszudehnen.

Wohin geht Serbien?

Jahrelang wurde den Serben vom Westen mittels Propaganda und Nato-Bomben Wohlstand und Sicherheit versprochen, wenn Milosevic gestürzt werde. Nun, was Nato-Bomben nicht schafften, schaffte der Aufstand der serbischen Bevölkerung Anfang Oktober: der Sturz des korrupten Milosevic Regime. Kostunica gilt nun für den Westen als Garant für die prowestliche Entwicklung Serbiens, wie es einst Boris Jelzin für Russland war. Wer jetzt aber glaubt, dass damit Demokratie, Pressefreiheit etc. gemeint ist, der irrt sich gewaltig. Es geht um Einflusszonen und Vorrechten bei der vollständigen Privatisierung ehemaliger staatlicher Betriebe.

ndpunkt + Der Standpunkt + Der Standpunkt + Der



SONJA GRUSCH, SLP-BUNDESSPRECHERIN

Bei den alljährlichen Kollektivvertragsverhandlungen beweisen die Unternehmer (vertreter) ihre Kreativität. Stets finden sie Argumente, warum die Abschlüsse nicht so hoch sein können. Heuer hat waren sie besonders kreativ und hat sich was Neues einfallen lassen: Die Kerninflation. Was diese genau ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Für die einen bedeutet das, dass die "importierten Preiseffekte" nicht berücksichtigt werden (also gestiegene Energiepreise und Verteuerungen aufgrund des hohen Dollars). Andere sprechen nur davon die Energiepreise herauszurechnen und manche wollen sogar noch die Nahrungsmittelpreise abziehen.

Dass die Beschäftigten seit Jahren immer stärker geschöpft werden wird vergessen. Die Lohnstückkosten (die im Gegensatz zu den immer zitierten Lohnkosten tatsächlich relevante Komponente) sind in den letzten Jahren stark reduziert worden und fast konkurrenzlos niedrig. Wirtschaftswachstum und v.a. Produktivitätswachstum wandern fast vollständig in die Taschen der Unternehmer. Dazu kommt noch eine massive Umverteilung durch Veränderungen im Steuersystem. Abschaffung und Kürzung von Unternehmens- und Vermögenssteuern stehen der Erhöhungen von Massensteuern gegenüber. Dass Menschen mit wenig Geld durch die

„Wie es Euch gefällt!“

Art, wie die Inflationsrate berechnet wird, ohnehin benachteiligt werden (da sie überproportional viel Geld für Dinge ausgeben müssen, die stark teurer werden, aber nur unterproportional zur Berechnung herangezogen werden), dass die steigenden Energiepreise (durch den steigenden Ölpreis und die Steuererhöhungen bei Strom) BezieherInnen niedriger Einkommen besonders treffen, dass PendlerInnen gleich doppelt bestraft werden (höhere Benzinpreise und höhere Bahnpreise) wird ignoriert.

Ganz kreativ wird erklärt, es gehe nicht an, "dass die Wirtschaft die hohen Energiepreise doppelt bezahlen" müsse. Also sollen sie die ArbeitnehmerInnen/KonsumentInnen doppelt bezahlen. Ganz grundsätzlich werden Preis- bzw. Steuerreduzierungen so gut wie nie an die KonsumentInnen weitergegeben, Erhöhungen hingegen sofort.

Für Vertreter der Wirtschaft ist der Metallerabschluss "unverantwortlich". Wenn man ihren Worten glaubt entsteht der Eindruck, nun würde die ganze Branche bankrott gehen. Aber wir haben auch kreative Vorschläge: Laßt uns Eure internen Bilanzen sehen, laßt uns sehen, wo das Geld tatsächlich ist. Wir arbeiten in diesen Betrieben, also haben wir auch ein Recht darauf zu wissen, wo die von uns geschaffenen Werte hinfließen. Das "Geschäftsgeheimnis" dient nur dazu, uns diese Informationen vorzuenthalten. Wie hoch sind die Gewinne, wie hoch die Dividenden und die Einkommen der Spitzenmanager und wie lächerlich gering sind im Vergleich dazu

Fürst Metternich lässt grüßen

Es spitzelt sich zu!

Mit seinen Enthüllungen hat der ehemalige FPÖ-Politiker Josef Kleindienst einen Stein ins Rollen gebracht. Wohnungen wurden durchsucht, Einvernahmen durchgeführt, Untersuchungen begonnen. 14 Polizeibeamte, die übrigens allesamt Mitglieder der FPÖ-Gewerkschaftsfraktion AUF sind, wurden vorläufig vom Dienst suspendiert, da der Verdacht des Amtsmißbrauchs besteht.

VON FABIAN LINZBERGER
SLP WIEN WEST

Auch gegen den Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, gegen ex-FPÖ-Klubobmann Ewald Stadler, gegen den Wiener FPÖ-Chef Hilmar Kabas und gegen den AUF-Vorsitzenden Michael Kreißl wird wegen des Verdachtes auf Anstiftung zum Amtsmißbrauch ermittelt. Auch FPÖ-Justizsprecherin Helene Partik-Pablé geriet ins Kreuzfeuer der Kritik, aus dem Justizminister Dieter Böhmdorfer ohnehin seit Monaten nicht herauskommt.

WELCHE DATEN BRAUCHT DER STAAT?

Im Zentrum der ganzen Affäre steht das elektronische kriminalpolizeiliche Informationssystem (EKIS). Diese Polizeidatenbank gibt nicht nur Auskunft über das Strafregister, sämtliche Meldeadressen und Autokennzeichen einer Person, sie informiert auch über die Daten der Sozialversicherungen und eventuelle ansteckende Krankheiten. Darüberhinaus bleiben sämtliche Anzeigen und Ermittlungsergebnisse abrufbar, d.h.: selbst wenn jemand völlig zu unrecht verdächtigt wurde. Auf Anfrage werden diese Daten auch den Behörden in den EU-Länder weitergeleitet. Das kann z.B. dazu führen, dass jemand, der einmal zu Unrecht wegen Drogenmissbrauchs verdächtigt wurde, trotzdem immer wieder an der Grenze durchsucht wird.

Unter dem Titel "erweiterte Gefahrenforschung" wird die STAPO darüber hinaus im neuen Sicherheitspolizeigesetz ermächtigt, auch schon im Fall dass jemand irgendwann einmal ein Verbrechen begehen könnte, die Person

zu überwachen. Dazu gehören Aufzeichnungen über Teilnahme an Demonstrationen oder Kritik an Staatsorganen. Ähnliche Befugnisse besitzen auch die Heeresgeheimdienste.

WOHER STAMMEN DIE DATEN?

Zwischen der Spitzel-Affäre und der ständigen Ausweitung der Polizeibefugnisse, was Überwachung und Speicherung von personenbezogenen Daten betrifft, besteht durchaus ein Zusammenhang. Denn um Daten überhaupt abfragen zu können, müssen sie einmal gesammelt und gespeichert werden. Da zeigt sich auch die Scheinheiligkeit der SPÖ in dieser Frage. Es waren gerade Innenminister

Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken!

lungenaktionen gegen FPÖ-Funktionäre verwickelt gewesen zu sein: ein typisches Ablenkungsmanöver. Es wird der FPÖ allerdings nicht leicht fallen die ganze Sachen unter den Tisch zu kehren, schließlich sind die Verdächtigen durchaus prominente Mitglieder ihrer Partei.

NEUWAHLEN?

Die Spitzelaffäre belastet auch die Regierung. Noch hält die ÖVP an dieser fest (obwohl es bereits Geheimverhandlungen mit der SPÖ über einen fliegenden Regierungswechsel gab). Ihre Liebe zur FPÖ wird rasch schwinden, wenn die Koalition mit der "schmutzigen" FPÖ zu einer Gefahr für die "saubere" ÖVP wird. Sollte die Regierung brechen, dann aufgrund der inneren Widersprüche. Das Problem FPÖ bzw. Rechtspopulismus wäre damit nicht gelöst.

Solange der Staat das Recht und die Möglichkeiten hat, uns zu bespitzeln,



wie Löschnak und Schögl, die die Befugnisse der Polizei und "Nachrichtendienste" immer weiter ausbauen.

Interessant ist auch der versuchte FPÖ-Gegenschlag: ehemalige SPÖ-Minister werden beschuldigt selbst in Bespitze-

wird es immer wieder "Spitzelaffären" geben. Der Datenschutz dient in der Praxis nur dazu, den Staat vor den Bürgern zu schützen.

Daher: Offenlegung, welche Daten existieren. Das Recht, die eigenen Daten einzusehen und ein Ende des staalichen

Ene meine Muh, und raus bist Du!

FPÖ: Keine Panik auf der Titanic

Zur Zeit gibt's für die FPÖ nicht viel zu lachen: die herbe Schlappe bei den steirischen Landtagswahlen, fallende Popularitätswerte, und die sich täglich ausdehnende "Spitzelaffäre". In diese Situation platzte jetzt der Rücktritt des Infrastrukturministers Michael Schmid aus allen politischen Funktionen. Stellt sich die Frage: ist diese Krise der Anfang vom Ende der FPÖ?

VON ALI KROPP

SLP
WIEN SÜD

Es gibt keinen Zweifel, die FPÖ steckt in einer tiefen Krise. Seit Monaten tappt die Partei von einem Skandal in den nächsten. "Hump-Dump", Kabas "Qualitätskontrollbesuche" in Bordellen, interne Streitereien wie in der Steiermark und jetzt die "Spitzelaffäre", in die ein Teil der FP-Führungsrige verwickelt scheint. Dass die Regierung trotzdem noch besteht, ist nicht der Verdienst Schüssels Haider zu "zähmen", sondern die Schwäche der Opposition.

STEIERMARK:

WAHL GEGEN REGIERUNGSPOLITIK

Deutlich wurde das bei den steirischen Landtagswahlen. Trotz Zugewinne für die ÖVP war der Wahlausgang letztlich ein Votum gegen die Regierungspolitik. So musste auch Landeshauptfrau Klasnic z.B. in der Frage der Studiengebühren Stellung gegen die eigene Regierung beziehen. Für die FP war der Wahlausgang ein Schuss vor den Bug. Der

WählerInnenstromanalyse zur Folge, fußte der Sieg der ÖVP maßgeblich in der Zuwanderung ehemaliger FP-WählerInnen und der niedrigen Wahlbeteiligung (z.B. in Graz nur 63%). Damit hat das Ergebnis den Druck auf die FPÖ erhöht, sich künftig stärker von der VP und der Regierungspolitik zu abzuheben. Gleichzeitig profitiert die Regierung aber davon, dass weder SPÖ noch Grüne tatsächlich Alternativkonzepte anbieten können. Auch sie stehen für Maastricht und weiteren Sozialabbau.

KRISE DER FPÖ = REGIERUNGSKRISE

Die VP steckt in dem Dilemma, dass sie zwar von der FP-Krise profitiert, aber dass dadurch die Regierung zunehmend instabiler wird. Deshalb bekommt FP-Justizminister Böhmdorfer Rückendeckung von der VP. Während also die VP ein vitales Interesse hat so schnell wie möglich wieder zur Tagesordnung zurückzukehren, muss sich die FP durch einen Rundumschlag erst wieder Luft verschaffen. Eines aber ist klar, um der FPÖ und ihrer Politik mittel- und langfristig den Boden zu entziehen, wird es mehr als Skandale brauchen. Das kann nur durch eine konsequente Alternative zu Sozialabbau, Rassismus, Korruption und "Freunderlwirtschaft" im Sinn einer tatsächlichen Politik für die Beschäftigten geschehen – und dafür steht die SLP.



Zierler muss zurück nach Wien, Schmid ins steirische Privatleben.

Vorwärts vs. Regierung - Regierung vs. Vorwärts

Jetzt abonnieren!

Jetzt ist es konkret. Ab 1. Jänner 2001 fällt der günstige Zeitungstarif der Post. Die Mindeststückzahl wurde von 300 Stück auf 1.000(!) hinaufgesetzt und der Tarif von 70,- Groschen auf 90,- erhöht. Sinn der Übung ist, kleinere und meist kritische Medien mittel- bis langfristig mundtot zu machen. Die großen, etablierten Printmedien sind nur geringfügig durch die Tariferhöhung betroffen

und auch Billa, Spar, Media Markt usw. können weiterhin ihre wichtigen Werbezettungen günstig versenden. Um nur annähernd die Zahl 1000 zu erreichen müssen wir unsere Abozahl verdreifachen. Konkret heißt das, dass wir künftig noch mehr als bisher einerseits auf Spenden und andererseits auf viele, viele neue AbonnentInnen angewiesen sein werden.

EINFACH ABONNIEREN!

Und das geht ganz einfach: 140,- für ein Sozialabo oder 250,- für ein Normalabo auf unser PSK-Konto: 8812.733 überweisen. Und da auch wieder die Weihnachtszeit naht, wollen wir auch auf die Möglichkeit eines Geschenkabos hinweisen. Funktioniert genauso, nur dass auf dem Zahlschein die Lieferadresse stehen sollte.

PSK 8812.733.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische LinksPartei (SLP), vormals Sozialistische
Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11.
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 Zulassungsnummer 327808W97U



Der neue Haupt-MANN im Frauenressort:

Herr Ministerin!

Nach der Abschaffung des eigenen Frauenministeriums bzw. dessen Eingliederung in das Ministerium für Umwelt und Soziales, stellt das Einsetzen eines Mannes für Frauenangelegenheiten einen neuen Gipfel der Frechheit dar. Ein neuerlicher (von unzähligen) Beweisen, was diese Regierung unter "Frauen"politik versteht.

VON BARBARA FRÖSCHL
SLP WIEN NORD

nur unter dem Motto:

Nicht nur, dass "Frauen"angelegenheiten praktisch nur noch im Zusammenhang mit Familie behandelt werden, d.h. Frauenpolitik mit Familienpolitik gleichgesetzt wird. Jetzt obliegt dieses Ressort auch noch einem Mann, was nicht bedeutet, dass Elisabeth Sickl die Anliegen von Frauen forciert hätte. Dies zeigt symbolisch was die Regierung unter

Das neue Frauenbild: HAUPTSache Familie & Kind. Frauenpolitik versteht. Sie kann ohnehin

"Keine Frauenpolitik ist auch eine Frauenpolitik" gesehen werden.

FRAUEN VON SPARPOLITIK BESONDERS BETROFFEN

Angesichts der Sozialpolitik der neuen Regierung, die speziell Frauen trifft, ist es nur noch zynisch, dass das Wort Frauenpolitik überhaupt noch verwendet wird. So betrifft die Kürzung des Alleinverdiener(Innen)absatzbetrags, aufgrund der (leider) noch immer vorhandenen Zuständigkeit der Frauen für die Betreuung und Erziehung der Kinder, in überwiegenden Ausmaß Frauen (insbesondere Alleinerzieherinnen in besonders hartem Ausmaß arbeitslose Alleinerzieherinnen). Diese Maßnahme paßt zum reaktionären Familienbild von ÖVP und FPÖ. Es wird die ganze Zeit von "Familienförderung" gesprochen. Gefördert werden aber nur jene Familien, die von der Regierung als "richtige" oder "normale" Familien (sprich Mutter- Vater-Kind oder Kinder) anerkannt werden. Wenn sie, wie Alleinerzieherinnen, Homosexuelle, u.s.w., diesem Bild nicht entsprechen, dann werden sie auch nicht "gefördert" bzw. benachteiligt (z.B. Mitversicherung).

DER DRUCK AUF FRAUEN STEIGT

Ein anderes Beispiel dafür, wie wenig sich die Regierung für die Situation von Frauen interessiert, ist die Wiedereinführung der gemeinsamen Obsorge. Auch wenn sich dies aufs erste ganz nett anhören mag, zeigen Erfahrungen aus der Vergangenheit, dass die gemeinsame

Herbstlohnrunde:

Jetzt geht's um die Wurst!

Traditionell wurden die diesjährigen Lohnverhandlungen wieder mit der "Metallerlohnrunde" eröffnet. Das Ergebnis war eine Istloohnerhöhung um 3,4% (und KV - also Mindestgehälter 3,7%) mindestens jedoch ATS 650,-. Im Bereich Handel ist der derzeitige Stand der Verhandlungen eine Forderung von 3,4%, aber mindestens ATS 600,-, die Arbeitgeberseite will jedoch nur eine Steigerung von 1,9% bzw. mindestens ATS 300,- bieten.

Die ArbeitnehmerInnen erwirtschaften allen Reichtum: Der Tisch ist angerichtet. Her mit der Wurst!



VON KARIN WOTTAWA
SLP WIEN MITTE

Ein weiterer sehr strittiger Punkt sind hier auch die arbeitsrechtlichen Bedingungen für die Handelsangestellten, die durch die neue Regierung noch einschneidender verschlechtert wurden (Vorwärts berichtete). Bei Redaktionsschluß lag noch kein Verhandlungsergebnis vor. Insgesamt war die Ausgangsbedingung eine momentan sehr gute Konjunktur. Die Gewerkschaft kündigte an, Verschlechterungen der Regierung in den KV-Verhandlungen zurückzuholen oder zumindest zu berücksichtigen. Denn die zusätzlichen Gebühren und Steuererhöhungen belasten die unteren Einkommensschichten massiv und wirken sich zusätzlich bereits in Form einer gestiegenen Inflationsrate aus. Auch der gestiegene Rohölpreis treibt die Inflation in die Höhe.

DER NEUE TRICK: KERNINFLATION

Diesen Umstand bringt die Arbeitgeberseite zu einem verqueren Argument für Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate: Denn es sollte nur die "inländische" Inflationsrate - bereinigt um die gestiegenen Energiepreise berücksichtigt werden, weil - nach ihrer Ansicht nicht die Preise der in Österreich hergestellten Produkte so gestiegen sind, sondern "nur" das Benzin, und daher keine Lohnerhöhungen weitergegeben werden können. Von einer tatsächlichen Lohnerhöhung kann man/frau aber eigentlich nur dann sprechen, wenn die Inflation plus die Produktivitätssteigerung abgegolten wird, und es außerdem Mindestbeträge gibt, um die sich der Lohn auf jeden Fall erhöht. Denn eine Inflationsabgeltung von ca. 3% kann eine Preissteigerung in einem Haushalt mit Durchschnittsverdienst wettmachen. Wenn das Einkommen aber nur ATS 10.000,- brutto beträgt und damit eine 3%ige Erhöhung ATS 300,- ausmacht, klafft eine große Lücke auf. Weil einerseits die Preiserhöhungen absolut

höher ins Gewicht fallen und die Mehrbelastungen durch die Regierung (Heizöl, höhere Rezeptgebühren und Selbst-behalte sowie eine generelle Abgabenerhöhung) mehr ausmachen.

DIE SOZIALE ABWÄRTSSPIRALE DREHT SICH WEITER NACH UNTEN

Wenn Löhne nicht um die Inflation und die Produktivitätssteigerung wachsen, verschiebt sich die Einkommensverteilung zugunsten der Gewinneinkommen und die Lohnquote wird weiterhin sinken. Die bereits erwähnte tatsächliche Lohnerhöhung ist nicht einmal bei den Metallern erreicht worden, wo zwar die Inflationsrate abgegolten wurde, aber die Produktivitätssteigerung kaum beachtet wurde. Hinsichtlich der guten Konjunktur ist dieser Abschluss zwar immer noch besser als so manche andere, aber dennoch kein Erfolg. Auf die Spitze getrieben hat es da der Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite der Agrar-Nahrungs- und Genussmittelindustrie Schlumberger. Er hat eine Einkommenserhöhung völlig verweigert, trotz einer Produktivitätssteigerung von 15%, einer positiven Branchenbilanz und einem Jahresüberschuß von 46%. Während der Produktion des VORWÄRTS wurde gerade über Kampfmaßnahmen bei einer Betriebsrätekonferenz verhandelt. Sollte die Arbeitgeberseite mit ihren Forderungen durchkommen, würde das bei 90% der Beschäftigten Realeinkommensverluste bedeuten. Die niedrigen Einkommensgewinne beziehungsweise extremen Einkommensverluste lassen das Realeinkommen sinken, was vor dem Hintergrund einer kletternden Inflation und eines Steigens der Benzinpreise und der rollenden Belastungen auch einen Haushalt mit Durchschnittseinkommen immer mehr ausbluten läßt.

Es reicht! Es muß was getan werden!
Komm zur **INITIATIVE SOLIDARITÄT**, einer überfraktionelle BetriebsrätInnen-und GewerkschafterInnenInitiative.

GdE beteiligt sich an Protesten gegen Studiengebühren

Eisenbahnerstreik auf der Uni?

Am 11.10 hat die Österreichische HochschülerInnenschaft, allen voran die Aktionsgemeinschaft (ÖVP), zur großen Demonstration gegen Studiengebühren aufgerufen. 40.000 Menschen, darunter 4.000 EisenbahnerInnen, kamen.

VON PIA ABEL
SLP WIEN NORD

Nachdem der ÖH-Vorsitzende Faißt sich wochenlang auf Appelle, saure Äpfel und Unterschriften sammeln beschränkte, kam es zur ersten größeren Mobilisierung der Straße. Offensichtlich hatte sie aber nicht den Anspruch, den Fall des freien Hochschulzugangs in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext zu setzen. Die Ausrichtung auf eine Verbreiterung des Widerstands hat ja nicht nur den Sinn einer solidarischen Übung, sondern ist vor allem die einzige Möglichkeit, die drohenden Angriffe zu verhindern. In Frankreich unter Premier Chirac genügte beispielsweise die bloße Androhung einer Gewerkschaft, sich den Protesten gegen Studiengebühren mit einem Streik anzuschließen, um das Unternehmen einer sehr starken Rechtsregierung zu Fall zu bringen.

WIDERSTAND? AUSWEITEN?

Symbolträchtig für den vollkommenen Unwillen der VP Studienvertretung, den Protesten eine seriöse und realistische Perspektive zu geben, ist die Weigerung Faißts, den Vorsitzenden der EisenbahnerInnengewerkschaft auf der Abschlusskundgebung reden zu lassen. In keinem anderen europäischen Land

wäre es vorstellbar, dass der Teilnahme einer wichtigen Teilgewerkschaft an den Protesten von Studierenden nicht Rechnung getragen würde.



Eisenbahner auf der Studi-Demo

Die Gewerkschaftsfeindlichkeit und Regierungslinie der reaktionären Kräfte, die zur Zeit die ÖH bestimmen, ziehen sich wie ein blau-schwarzer Faden durch jüngste Entwicklungen. Allein der Slogan "Reformieren statt Gebühren", soll die Studierenden auf die prinzipielle Propaganda der Sparlogik einschwören. Die moralische Entrüstung über die Lüge der Ministerin ist mehr als naiv - die Regierung lügt, seit sie im Amt ist, und nicht nur im Bereich des Hochschulzugangs (Stichwort: "vom Sparpaket sind Einkommen unter 30000,- nicht betroffen."). Die Stimmen der Studierendenvertretung der Regierung - AG und RFS - haben in der letzten Bundesvertretung

beschlossen, jegliche Ausrichtung auf andere Bevölkerungsgruppen auch weiterhin zu unterlassen. Das wundert angesichts der politischen Stoßrichtung dieser Fraktionen nicht.

DIE GESCHICHTE SELBST IN DIE HAND NEHMEN

Wir dürfen uns nicht auf die Strukturen und vermeintlichen Vertretungen verlassen, sondern müssen die Geschichte selbst in die Hand nehmen. Der Streikbeschluss einer gutbesuchten HörerInnenversammlungen wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Die Unterstützung anderer Bevölkerungsgruppen ist nicht nur ein "nettes" Zeichen, sondern die einzige Möglichkeit, die Angriffe auch tatsächlich abzuwehren. Angesichts dieser Einschätzung ist es auch mehr als verwunderlich, dass in den Wochen vor der Großdemonstration, nachdem sogar der Öffentliche Dienst und andere wesentliche Gewerkschaften sich über geeignete Kampfmaßnahmen unterhalten haben, in fast allen Publikationen der Studierendenvertretung das Vokabel "Streik" schlichtweg keinen Eingang findet. Und das, obwohl der Vorsitzende der EisenbahnerInnen-gewerkschaft Haberzettl im Profil vom 2.10. ausdrücklich darauf hinweist, dass die Studierendenproteste Signalwirkung hätten. Eine Woche später war auf der Großdemonstration der Zug für ihn leider abgefahren....



Israel/Palästina:

Kriegsgefahr und Hoffnungsschimmer

Seit Wochen sind tausende, v.a. jugendliche, PalästinenserInnen auf der Straße und stellen sich nur mit Steinen und Molotowcocktails bewaffnet der viertgrößten Armee der Welt. Wut über Jahrzehnte der Unterdrückung durch Israel entladen sich bei dieser neuen Intifada ebenso wie Enttäuschung über das Versagen des Friedensprozesses und den Verrat der palästinensischen Führung. Eine dauerhafte Lösung wird aber auch dieser Aufstand nicht bringen, ebensowenig wie die verzweifelten Versuche Bill Clintons, seine Amtsperiode mit einem Frieden zu beenden. FRANZ BREIER JUN. über den jahrzehntelangen Konflikt um Israel/Palästina sowie die Chancen für einen Ausweg.

Der britische Kolonialismus hinterließ vor seiner Zurückdrängung an den Orten seiner kolonialen Herrschaft eine vergiftete Saat. So auch in Palästina, dem schmalen Land zwischen östlichem Mittelmeer und dem Jordan. Britannien und die USA (anfänglich auch der Stalinismus) planten nach dem 2. Weltkrieg ein wirres Gebilde zweier Rumpfstaaten - jüdisch und arabisch getrennt. Ziel dieses Projekts sollte sein, einen Hebel für gezielte Interventionen aufzubauen. Das altbekannte Prinzip: Teile und Herrsche. Mittels Nationalismus wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der dem Imperialismus oftmals entglitt und ihn auch zu überrollen droht(e). Denn der Nahe und Mittlere Osten ist die wichtigste Öl produzierende Region der Welt. Militärische Konflikte und Instabilität haben neben anderen Faktoren direkt Einfluss auf den Öl-Markt. Die derzeitigen Turbulenzen um den sehr hohen Öl-Preis widerspiegeln die wachsenden strategischen Probleme des Imperialismus und die globalen wirtschaftlichen Widersprüche. Die akute Krise in Israel/Palästina wirkt wie Wasser auf brennendem Öl.

Im Kalten Krieg waren die Länder Spielbälle zwischen den Banden des westlichen und stalinistischen Blocks. Den besten Verbündeten des US-geführten Imperialismus (Israel und Saudi-Arabien) standen im Laufe der Zeit strategische Partner der UdSSR und Chinas (Ägypten, Syrien) gegenüber. Darüber hinaus einigte alle arabischen Regimes (ob monarchistisch, bürgerlich oder stalinistisch) ein Feind: Israel. Wie kam es dazu?

BERECHTIGTE WÜNSCHE

Die Beschleunigung des Antisemitismus im Laufe des 20. Jahrhunderts (vor allem in Europa) nährte den Boden für jüdisches Nationalgefühl und Nationalismus, der seinen ideologischen Rahmen im

"Zionismus" hatte; dem Ziel, JüdInnen aus aller Welt in einem gemeinsamen Staat zu vereinigen. Wie andere Nationalismen verband auch der Zionismus unterschiedliche Fraktionen. Er enthält religiöse Vorurteile genauso wie kollektivistische Elemente - auch eine Reaktion auf die damalige Stärke der (vor allem jüdischen) sozialistischen Bewegung. Von orthodoxen Fundamentalisten über das liberale Bürgertum bis zu Teilen der ArbeiterInnenbewegung reichte die Anziehungskraft. In der Zwischenkriegszeit war der Zionismus trotzdem weit davon entfernt, die Massen zur Ausreise nach Palästina zu bewegen. Doch dies änderte sich mit den Vertreibungen, Pogromen und schließlich der industriellen Massenvernichtung des Holocaust.

DIE FOLGE DER NIEDERLAGE

Die internationale sozialistische Bewegung hatte es in den Jahrzehnten zuvor nicht geschafft, die Welt von der Kriegsgefahr in eine bessere Zukunft umzulenken, die gescheiterten Revolutionen, die Niederlage mit dem Sieg des Faschismus ließ vor allem für die jüdischen Bevölkerungsteile, und hier vor allem auch die jüdische ArbeiterInnenklasse, den Zionismus als einziges konkretes Angebot über. Auch trieb die Politik des Stalinismus die jüdische Bevölkerung später vollends in die Arme der jüdischen Bourgeoisie. Daraus ergab sich die Situation, auf deren Grundlage 1948 der Staat Israel gegründet wurde. Doch dies löste kein Problem, im Gegenteil: es schuf Neue. Was der Imperialismus vorbereitete, wurde von den israelischen Streitkräften 1948/49 im ersten Nahost-Krieg ausgedehnt. Die "Grenzen" zum arabischen Teil wurden verschoben und auf einen Schlag 1,5 Millionen PalästinenserInnen vertrieben. Dieses Verbrechen des Zionismus war Wasser auf den Mühlen der reaktionären arabischen Regimes, die auch ein

Auge auf dieses strategisch wichtige Fleckchen Land warfen. Sie nutzten von nun an Antisemitismus, um "ihren" eigenen Massen gegenüber das Feindbild "Juden" aufzubauen. Das führte zu einer Belagerungssituation Israels und weiteren Nahost-Kriegen.

DIE ANATOMIE DES STAATES ISRAEL

Dies machte einen besonderen Staat nötig, der der zionistischen Ideologie entsprach. Dazu gehör(t)en Staatsbürgerarmee plus militärische Hochtechnologie, Staatsinterventionismus und die Geschlossenheit der israelischen Gesellschaft. Die wenigen SozialistInnen, die den Holocaust überlebten, konnten unter diesen Bedingungen am Rad der Geschichte nicht (mit)drehen. Eine Eigenständigkeit der ArbeiterInnenklasse war weder erwünscht noch vorgesehen. Die israelische herrschende Klasse sorgte mit geeigneten Instrumenten dafür. Das Voraugenhalten der Gefahr von Vertreibung oder Tod war

dieser unweigerlich reaktionären Rolle des neuen Staates lehnten MarxistInnen (auch jüdische Gruppen im Palästina der 40er Jahre) damals die Teilung Palästinas und die Gründung Israels zu Recht ab. Der Zionismus war eine koloniale Eroberungsbewegung, die mittels militärischer Expansion ein ganzes Volk entwurzelte und genauso der "eigenen" Bevölkerung keinen Frieden brachte!

50 JAHRE NICHT SPURLOS VORBEI

Für lange Zeit war eine unabhängige Bewegung der ArbeiterInnenklasse in Israel nicht möglich. Die letzten Jahre brachten hier eine große Veränderung. Statt Staatsinterventionismus, umfassendem Sozialnetz und einer hohen Job-Sicherheit setzt die israelische herrschende Klasse nun Neoliberalismus pur um. Privatisierungen verbunden mit rigorosen Kündigungen und zunehmenden sozialen Problemen führten bereits zu Arbeitskämpfen (z.B. zum historischen Generalstreik 1997) und heuer zwang die

bewahren.

Zur sozialen Krise kommt, dass die Politik in Israel seit "Oslo" (siehe weiter unten) die Illusionen vieler Menschen zerstörte. Die israelische Gesellschaft bricht auseinander. Das "Volkskonzept" des Zionismus bröselte. Diese Polarisierung beinhaltet Chancen und Gefahren gleichzeitig. Auf der einen Seite wächst der Wunsch nach echtem Frieden, auf der anderen die Stärkung rechtsextremer und religiöser Fundamentalisten. Die Erfolge ultrarechter Parteien, die Provokationen der Ex-Regierung Netanjahu (fortgesetzter Siedlungsbau) und der letzte Affront Sharons am Tafelberg (Auslöser der militärischen Krise) sind Beispiele. Die Aggression der israelischen Bourgeoisie hat eine lange Tradition:

Zweiter, dritter und vierter Nahost-Krieg Mitte der 50er, als Ägypten unter Nasser den Suez-Kanal anlässlich des US-Kreditstopps für den Assuan-Damm kurzerhand verstaatlichte und strategisch nach Moskau blickte, griff Israels Armee direkt ein: die Halbinsel Sinai wurde besetzt, später zwar schnell geräumt, aber mit den Ergebnissen, dass Israel nun Zugang zum Roten Meer (Hafen von Eilat) hatte und die USA den "freien" Warenverkehr wieder gesichert sah. Nicht immer funktionierte die Symbiose USA und israelischer Regionalimperialismus so glatt wie 1956. 1967 ("Sechstage-Krieg") hielten sich die Westmächte vorerst zurück; sie prognostizierten eine militärische Niederlage Israels. Doch der Rundumschlag (zuerst Ägypten und Jordanien, dann das nicht-kapitalistische Syrien) gelang. Unter anderem wurden die West-Bank und ganz Jerusalem besetzt. Die endgültig Eroberung der Golan-Höhen (Syrien) folgte 1973 im "Jom Kippur-Krieg".

PALÄSTINENSERINNEN UND PLO

Die PalästinenserInnen (allein 4 Millionen Dauer-Flüchtlinge!) mussten zu einem politischen Ausdruck ihres Kampfes finden. 1964 wurde die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) in der Zeit nach der algerischen Revolution und einer Atmosphäre wachsender sozialer Spannungen auf einem arabischen Gipfel-treffen gegründet. Die reaktionären Regimes wirkten von Beginn an stark ein, um die Energien

Auch in Israel gewinnen religiöse Fundamentalisten zunehmend Einfluß!



eines davon und es wirkte. Der Histadruth (Staatsgewerkschaft mit Wirtschafts-beteiligungen) und die Kibbuz-Bewegung (agrarische Produktionseinheiten mit genossenschaftlichem Charakter) wurden ebenso instrumentalisiert.

Der Ausgleich der Handelsbilanzdefizite, die Aufrüstung und die Entwicklung einer Industrie konnten nur durch große Wirtschafts- und Militärhilfe durch USA und Frankreich gesichert werden. Die Abhängigkeit vom Imperialismus hatte den Preis, dass Israel zu einem Brückenkopf der USA wurde. Aufgrund

bloße Generalstreikdrohung Premier Barak zu einem Rückzug in seinen Steuerplänen. Die neoliberale Politik, Sozialabbau und das Steigen der Arbeitslosigkeit fallen nicht vom Himmel. Der Grund liegt in der Unfähigkeit des Kapitalismus, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Abschwungs brach in den 90ern der Klassenwiderspruch deutlich hervor. Auswirkungen hatte auch die schwere Krise in Asien. Allein 1997 mussten der Kibbuz-Bewegung 24 Mrd. Schilling Schulden erlassen werden, um sie vor dem endgültigen Untergang zu

Der Marxismus und "die Nationale Frage"

Nationalismus wird von MarxistInnen nie als grundsätzlich positiv verstanden. Es muss zwischen den Nationalismen unterdrückender und unterdrückter Völker unterschieden werden. So haben der kurdische und der palästinensische Nationalismus bzw. die Unabhängigkeitsbestrebungen dieser Völker fortschrittliche Elemente. Lenin erkannte die unterschiedlichen Arten der nationalen Strömungen. Er hatte bei seiner Betrachtung eine differenziertere Herangehensweise an dieses Thema als beispielsweise Rosa Luxemburg, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker als eine rein bürgerliche Forderung kategorisch ablehnte.

Es geht bei der Forderung des "Selbstbestimmungsrechtes der Völker" um das Aufbrechen von Diskriminierung, das in manchen Fällen, wie bei den PalästinenserInnen nur durch die Erlangung der Eigenständigkeit möglich sein wird. Der Schritt hin zur Bildung von Nationen wäre eigentlich eine Aufgabe der bürgerlichen Revolution. Die Nation stellt die bestmögliche Organisation für den Kapitalismus dar. Doch der Kapitalismus ist längst nicht mehr in der Lage, nationale Probleme zu lösen. Zu stark sind die Widersprüche im imperialistischen Zeitalter (z.B. zwischen den Großmächten und ihren Einflusszonen). Der Schritt Richtung Aufhebung nationaler Unterdrückung ist ein fortschrittlicher. Er kann einen Schritt hin zum Sozialismus bedeuten, da sich parallel die sozialen Fragen zuspitzen. Das bedeutet aber nicht, dass in einer "unterdrückten" Nation,

die Interessensgegensätze aufgehoben sind. Auch in ihr besteht der Widerspruch zwischen der Bourgeoisie und der ArbeiterInnenklasse und armer Landbevölkerung. Entscheidend sind nicht die "nationalen Interessen", sondern wie weit sich die "soziale Frage" im Unabhängigkeitskampf entwickeln kann. Im Rahmen der kapitalistischen Logik kann das nur soweit geschehen, solange die Forderungen nicht über die Grenzen der Interessen der Bourgeoisie hinausgehen. Diese Grenzen sind sehr schnell erreicht, die "nationale Einheit" ohne sozialen Inhalt wird rasch zum Hemmschuh des Unabhängigkeitskampfes an sich.

So liegt die Fähigkeit, die nationale Befreiung zu erkämpfen, bei der Klasse, in deren Interesse auch die vollständige soziale Befreiung liegt; der ArbeiterInnenklasse. Aber auch die Unabhängigkeit von unterdrückten Nationen kann nur ein Schritt sein auf dem Weg zum Sozialismus und zu einer staatenfreien Welt. Erst im Sozialismus wird es zu einem wirklichen Selbstbestimmungsrecht der Völker kommen, dann aber fern ab von jeglichen Nationalismen. Das CWI zeigt durch seine Forderungen nach einem unabhängigen, sozialistischen Palästina und einem sozialistischen Israel, dass die Problematik des Nationalismus nur mit dem Kapitalismus gemeinsam aufzulösen ist. Sie kann dazu beitragen, annähernd gleiche Ausgangspositionen für die Völker zu schaffen. Wenn man/frau aber unterdrückten Völkern nicht die Chance gibt, sich aus unterdrückenden Staaten zu befreien, werden sich die Schranken zwischen den Völkern nicht abbauen lassen.

VON SASCHA PIRKER, SLP WIEN SÜD

der PalästinenserInnen mittels PLO in rein nationalistische Kanäle zu lenken. Die soziale Sprengkraft des Befreiungskampfes bedroht auch die Existenz der (halb)feudalen Herrscher Arabiens. Über die Finanzierung der PLO konnte jedes arabische Land direkt Einfluss nehmen. Weitere "Solidarität" konnte in Form der Unterstützung für terroristische Aktionen sowie UNO-Diplomatie ausgedrückt werden. Die Kampfformen der PLO waren von Beginn an nicht die der ArbeiterInnenklasse (Streiks, Massendemos, Besetzung, Internationalismus), sondern die des Kleinbürgertums (Guerrillakampf) und der Eliten (bürgerliche Diplomatie). Nichts desto trotz drückte die Stärke der PLO die Hoffnungen der Mehrheit der PalästinenserInnen aus und viele ihrer (auch terroristischen) Aktionen stärkten anfänglich das Selbstbewusstsein der Massen. Doch entgegen gewisser Mythen im Westen war die PLO nie "sozialistisch".

Der Marxismus lehnt Individualterrorismus ab, da er nicht das geeignete Instrument zur Erreichung der Einheit der Unterdrückten und damit zum Erreichen der gemeinsamen Ziele darstellt. Dies wurde von den Ergebnissen in Israel selbst bestätigt: Die israelische Bourgeoisie münzte jeden Mordanschlag in nationalistischen Hass auf die PalästinenserInnen um und hielt so die eigene ArbeiterInnenklasse weiter an der kurzen Leine. Israels Kapitalisten nutzten zusätzlich die Lage der PalästinenserInnen aus und hielten sie in den besetzten Gebieten als modernes Sklaven-Heer. Die Folgen dieser Proletarisierung schlugen im Volksaufstand von 1987/1988 durch. Er läutete eine neue Etappe ein

DIE MASSEN ÜBERNEHMEN DAS RUDER

Die Ende 1987 ausgebrochene "Intifada" brach mit der bisherigen Politik von Diplomatie und Terroranschlägen. Er strafte die PLO-Führung Lügen, die die Möglichkeit eines Massenaufstandes immer verneinte. Die PalästinenserInnen gingen zu Hunderttausenden auf die Straßen, trafen mit Generalstreiks die israelische Wirtschaft schwer und vor allem die Jugend griff mit nichts anderem als Steinen die Besatzungsarmee an! Dies hatte auch im Bewusstsein der israelischen Massen gewaltige Auswirkungen: Jugendliche mit Steinen gegen Gewehre anstatt fundamentalistische Selbstmordkommandos in Tel Aviv! Durch die

Generalstreiks wurden die arabischen Bevölkerungsteile in Israel in den Kampf einbezogen. Die zentrale Schwäche der Intifada ist eine schon altbekannte: Es gab keine sozialistische Führung. Die linken Flügel der PLO waren ideologisch von einer Mixtur mit stalinistischer Dominanz geprägt. Es gab keine Massenpartei, die für eine Bewaffnung der palästinensischen Bewegung hätte sorgen können. Vor allem eine "Bewaffnung" mit dem Internationalismus - mittels Streikaktionen und einem ernstgemeinten Appell an die israelische ArbeiterInnenschaft, dem potentiellen Bündnispartner! Die Schwäche der revolutionären Kräfte führte zu einer Stärkung der rein religiösen und nationalistischen Dimension.

Seitdem geriet die PLO-Führung um Arafat unter wachsenden Druck von zwei Seiten. Von der "eigenen" Basis und der internationalen Diplomatie samt Israel. 1988 rief das Exilparlament einen unabhängigen palästinensischen Staat aus, 12 Jahre später steht es selbst um die 1993 vereinbarte "Teilautonomie" von Jericho und Gaza äußerst schlecht. Alle in den 90ern geschlossenen Verträge waren das Papier nicht wert, auf dem sie



Kinder im Freiheitskampf

stehen!

DER OSLOER "FRIEDENSPROZESS"

Das Osloer "Friedensabkommen" von vor mittlerweile mehr als sechs Jahren dient(e) lediglich den Interessen des Kapitalismus. Diese Interessen zielen auf eine "Stabilität" ab, um die menschlichen und natürlichen Ressourcen der Region besser ausbeuten zu können. Sogenannte "Friedens-Dividenden" wurden den israelischen Kapitalisten so ermöglicht. Schon 1993 rief die Weltbank, Milliarden Dollar in die besetz-

ten Gebiete zu pumpen. Die Ausbeutung der billigen arabischen Arbeitskraft ging mit der Schließung von Produktionsstätten in Israel einher, was dort zu höherer Arbeitslosigkeit führte. Die palästinensischen Kapitalisten konnten durch Monopole (z.B. Zement, Tourismus) dicke Profite machen. Auf dieser Grundlage gibt es aber keine Stabilität, keines der nationalen und politischen, geschweige denn der sozialen Probleme (unter denen sowohl die palästinensische als auch die israelischen Massen leiden), kann so gelöst werden.

WACHSENDE INSTABILITÄT

In den 90ern wuchsen internationale und regionale Instabilität; trotz und gerade wegen dem Zusammenbruch des Stalinismus einerseits und den globalen wirtschaftlichen Vor- und Erdbeben andererseits. Folgte dem Ende des Stalinismus zwar eine weltpolitische Stärkung des US-Imperialismus, geriet das bisherige "Gleichgewicht" vor allem in der globalen "Peripherie" und dem Nahen/Mittleren Osten ins Wanken. Starker Imperialismus ist ungleich Friede und Stabilität!

Sowohl PLO wie Israels Regierung stan-

den unter Druck und den (durch den Golfkrieg gestärkten) USA ging es um die Entschärfung der Lage (=teilweise Autonomie). Hier kamen die USA wieder einmal in bedingten Konflikt mit der israelischen Reaktion. Für Israel ging es um Zeitgewinn, die Instrumentalisierung der PLO als Polizei der besetzten Gebiete und die erwähnte Wirtschafts-Offensive. Nie dachte die israelische herrschende Klasse ernsthaft an Autonomie! Die Folgezeit zeigte, dass sich die USA in kritischen Momenten voll hinter Israel stellt (=keine Autonomie). Die PLO-Bürokratie



und die sie umgebende kapitalistische Elite agiert als verlängerter Arm Israels in den besetzten Gebieten. Von ihr haben die Massen nichts mehr zu erwarten. Die soziale Lage der PalästinenserInnen hat sich seit der Autonomie und der Herrschaft Arafats keineswegs verbessert. Die Verwaltung ist korrupt und diktatorisch, die Arbeitslosigkeit hat sich verdreifacht, das BIP ist gesunken, die versprochenen Hilfs- und Aufbaugelder sind ausgeblieben. Das Vertrauen in Arafat & Co ist auf einem Tiefpunkt. Mangels sozialistischer Alternative drückt sich selbst die Kritik gegenüber Arafat hauptsächlich durch radikalen Fundamentalismus aus. Radikale religiöse Terrorgruppen wie die Hamas haben so starken Zulauf.

DIE HOFFNUNG LEBT

Im Laufe von Jahrzehnten bildete sich aber nicht nur der israelische Staat, sondern auch eine israelische Nation. Die bloße "Auslöschung" Israels würde allerdings neue Probleme schaffen, aber keine lösen. Die israelischen Massen (und alle Minderheiten dort) haben auch ein Recht auf Land, Brot und Frieden. Dieses Recht steht allerdings im Widerspruch zu den Interessen des kapitalistischen Staates Israel. Für die israelische Bourgeoisie kann es keinen Frieden geben, da es keinen palästinensischen Staat geben darf! Ohne palästinensischen Staat gibt es aber auf keinen Fall Frieden. Ohne sozialistischen Ausweg ist das ein klassischer Teufelskreis. Nur unter der Voraussetzung, das System zu überwinden, welches die historisch angehäuften Probleme kultiviert, kann eine Verhandlungslösung zwischen Israelis und PalästinenserInnen (sowie aller dort lebenden Minderheiten) eine echte Chance erhalten!

Die Kampfbereitschaft der palästinensischen Massen wurde schon oft unter Beweis gestellt - sie haben jegliches Vertrauen in die kapitalistische Diplomatie verloren. Derzeit haben religiöse und rechte Kräfte die Führung. Der Kampf der PalästinenserInnen enthält neben der „nationalen Frage“ gewaltigen sozialen Sprengstoff. Darauf muss eine sozialistische Bewegung aufbauen.

DIE GEFAHR IST GROß

Der Konflikt hat mittlerweile einen ausgeprägt nationalistischen und religiösen Charakter bekommen - das ist die große Gefahr! AraberInnen in Israel attackieren mitunter auch israelische ArbeiterInnen direkt, israelische DemonstrantInnen rufen "Tot den Arabern". Die Opfer sind auf beiden Seiten die "kleinen Leute". Die Reaktionäre nützen diese Situation und schüren den Hass. Das Gipfeltreffen von Sharm el Sheikh war ein letzter Versuch des Imperialismus, einen Krieg hinauszuschieben. Er fürchtet die Auswirkungen auf Öl und Weltwirtschaft. Doch die Eskalation droht!

Für uns SozialistInnen beweisen die Entwicklungen vor allem eines: Die Theorien des Internationalismus und der "Einheit der ArbeiterInnenklasse" haben eine Entsprechung in der Wirklichkeit. Es ist notwendig, dem reaktionären Nationalismus eine Absage zu erteilen. Gleichzeitig muss sich der Marxismus durch Sorgfalt beim Umgang mit nationalen Gefühlen auszeichnen. Das heißt konkret: Weder von den israelischen noch den palästinensischen Massen verlangen, sich in den jeweils anderen Staat eingliedern lassen zu müssen. Die Gräben sind tief. Es wird viele Erfahrungen (v.a. in gemeinsamen sozialen Kämpfen) brauchen, um dieses Erbe zu überwinden. Der zu zerschlagende kapitalistische Staat Israel muss durch einen Staat der ArbeiterInnenschaft ersetzt werden, der eine sozialistische Zukunft überhaupt ermöglicht. Dass das CWI in Israel ("Maavak Sozialisti") und wir darüber hinaus für ein unabhängiges sozialistisches Palästina eintreten, ergibt sich aus den Erfahrungen und den tief verwurzelten Ängsten der PalästinenserInnen. Der Sozialismus muss und wird sich durch Rücksicht auf jedwede Ängste vor nationaler Unterdrückung etc. auszeichnen. Zur Lösung der Nationalen Fragen muss es immer Kompromisse geben. Aber diese Kompromisse können nur jene gesellschaftlichen Kräfte schließen, deren materielle Existenz sich nicht gegenübersteht. Die israelische und die palästinensische ArbeiterInnenklassen können die Lösung der Nationalen Frage mit der sozialen Frage verbinden! Letztlich liegt die Lösung in einem sozialistischem Israel UND einem unabhängigen, sozialistischen Palästina, die beide Teil einer freiwilligen, sozialistischen Föderation im Nahen und Mittleren Osten sind. Alles andere ist illusorisch und wird die Spirale

Buchtip: "Arbeitnehmer ohne Schutz" von Konrad Hofer

Taxi Real statt Taxi Orange

Jener Teil der öffentlichen "Meinungsbildung", der sich in TV und "Qualitätszeitungen" abspielt, ist geprägt von einer "Pseudo-Realität". Und dieser steht eine "reale Realität" gegenüber. Pseudo-Realität ist z.B. Taxi Orange: Hunderttausende fiebern mit der Pseudo-WG mit und solidarisieren sich mit unterschiedlichen Menschen, die versuchen, sich selbst möglichst gut zu inszenieren. Was angesichts der permanenten Beobachtung durch Kameras nur menschlich ist.

MICHAEL GEHMACHER SLP WIEN WEST

Über Probleme wie Einsamkeit oder Angst, keinen Partner und keine Freunde zu finden, oder über die Ängste ("Bin ich schön genug?, Werde ich einmal einen guten Job haben?") werden schon längst keine guten Jugendsendungen mehr gemacht! Politiker, die Zugang zu den Massenmedien haben, sprechen so oft es geht

setzung über das Thema "prekäre Beschäftigung", so trifft dies voll zu. Das Herzerfrischende an Hofers Buch ist, dass diese Herrschaftsstrategie gewollt oder ungewollt durchbrochen wird. Wie schaut es mit dem Einkommen eines Taxi-Fahrers aus? Wer zahlt den "Kutscherhof" im Nobelbezirk? Von "Taxi Orange" werden wir das nie erfahren. Nach der Lektüre von "Arbeit ohne Schutz" kann man/frau sich ausrechnen, dass ein "Kutscherhof" nicht mit dem

nach Brüssel und bin auch sonst im Büro voll integriert, aber die Entlohnung ist viel zu niedrig. Ich komme mir oft wahn-sinnig ohnmächtig vor. Ich muss diese unbefriedigende Arbeitssituation einfach hinnehmen. Ich darf mich nicht im Freundeskreis beklagen, um ja keinen Rauschmiß zu riskieren. Meine Zukunft ist ungewiss. Die Ungerechtigkeit möchte ich laut hinausschreien, aber ich darf es aus Vernunftgründen nicht, weil ich sonst selbst diese Arbeit verliere. Ich bin eine „freie Mitarbeiterin“, heißt es. Ich fühle mich aber nicht frei, sondern im Gegenteil ohnmächtig, abhängig und eingesperrt, unmündig und wehrlos". Das Zitat beweist, dass Betroffene durchaus etwas über ihre Situation zu sagen haben. Ihnen den nötigen Raum in der öffentlichen Debatte zu erkämpfen, wird



Das Model Chris, der schwule Robert und die aufmüpfige Andrea wollen eine Million verdienen und singen kritische Anti-Temelin-Lieder. Reality-Soap mit Bildungsauftrag

vom "kleinen Mann". Aber die arbeitenden Menschen, die den Reichtum schaffen, sind längst aus der öffentlichen Debatte verschwunden. Wenn über sie gesprochen wird, dann über "Kostenfaktoren" und "Rationalisierungspotentiale".

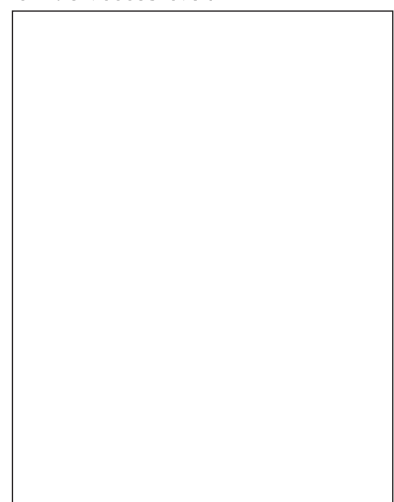
Dieses "dauernd in den Medien erwähnen aber nie wirklich darüber reden" trifft insbesondere Arme, ImmigrantInnen und prekär Beschäftigte. Die von den Medien erzeugte "Pseudo-Realität" hat zwei wesentliche Merkmale:

1. Es kommen Wissenschaftler- und KünstlerInnen zu Wort, sie sollen aber möglichst wenig Partei für die Betroffenen ergreifen. Bis auf wenige Ausnahmen gelingt diese Strategie leider.
2. Diese WissenschaftlerInnen sollen über Probleme reden, die Betroffenen selbst aber kaum. Beobachtet man/frau die Auseinander-

Einkommen der Pseudo-Taxler bestritten werden kann. Konrad Hofer lässt Betroffene zu Wort kommen. Ein großer Teil sind Erfahrungsberichte von Hofer, der längere Zeit als Taxler und Zettelverteiler gearbeitet hat. Damit ergreift das Buch – gewollt oder ungewollt – Partei für diese Menschen.

TEIL DER ARBEITERINNENKLASSE
Allein durch den Titel "Arbeit ohne Schutz" ist endlich einmal nicht von "prekärer Beschäftigung" die Rede. Manche in der Linken befassen sich mit der Frage, welche Rolle atypisch Beschäftigte in der ArbeiterInnenbewegung spielen könnten. Ihnen sei folgendes Zitat einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin eines von einem Ministerium ausgegliederten Instituts ans Herz gelegt: "Oft arbeite ich mehr als 40 Stunden die Woche, fahre wie gesagt

letztlich unsere Aufgabe sein!
Konrad Hofer
Arbeit ohne Schutz
Verlag des ÖGB
Wien, 2000
ISBN: 3-700035-0794-2



Taxi Orange

Brot und Spiele

Brot und Spiele sind seit der Antike unverzichtbarer Bestandteil jeder Herrschaftsideologie. Selbst wenn sich die Produktionsverhältnisse seither fundamental verändert haben; der Grund des Spektakels, von den Gladiatorenkämpfen bis zu Taxi Orange, ist doch im wesentlichen der gleiche geblieben: das Herstellen von Einverständnis mit den herrschenden Zuständen – diesmal nicht mit der Peitsche sondern mittels Zuckerbrot.

VON MARTIN BIRKNER SLP WIEN SÜD

Der "bessere Privatsender" ORF kopiert also den grossen Bruder und sorgt mittels Wiener Schmah und heimatlicher Gemütlichkeit für einen Ausgleich zum parallelen "fremdländischen" Robison-Abenteuer. Die Demokratie ist wiederhergestellt, die Regierung vergessen, alle dürfen anrufen, Dodo Rosic ist Klestil. Die Fakten: Ein kapitalistisches Unternehmen ist zu führen; die TeilnehmerInnen sind angehalten, exakt dem Durchschnittsgeschmack des Publikums anzupassen, DER Angepassteste wird gewählt (angeblich nicht sehr demokratisch!!) und darf eine Konkurrentin bzw. einen Konkurrenten rauswerfen; viel echtes (Privat)Leben; Liebe; Tränen. Die Taxi-Orange-"Ellbogengesellschaft", ein Synonym für sozialdarwinistische Gesellschaftskonzepte ("survival of the fittest"), passt schön zur Ellbogenregierung.

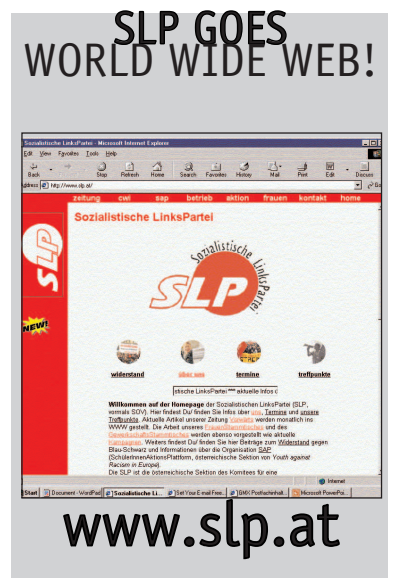
NUR JA NICHT ZU ERNST

Bei Taxi Orange werden die TeilnehmerInnen von Informationen über Politik und Gesellschaft bewußt abgeschnitten, diskutiert werden soll ja nicht über so perfide Dinge wie Sozialabbau, Rassismus, Antisemitismus, etc. Die Frauen des "TXO" haben erkannt, dass sie diskriminiert werden. Nicht nur in der Show! Das genügt, weiter zur Werbung. In einer Gesellschaft des standardisierten Massengeschmacks kann Marktanteile nur gewinnen, wer sich an den beiden Extremen der Mittelmäßigkeit – "lebensnahe" Gewalt inklusive viel Blut oder die totale Belanglosigkeit des "Privaten" - orientiert, ohne das ganze Spektakel in Frage zu stellen. Arbeitsbedingungen von TaxilenkerInnen, der mehr als nur latente Rassismus österreichischer Durchschnittstaxler, die rassistischen Übergriffe auf ausländische TaxilenkerInnen, werden bewußt ausgeklammert. Zuwenig Unterhaltungswert. Kein TeilnehmerIn von Taxi Orange ist "AusländerIn", doch

wen wundert's, hat doch ein "schwuler" Teilnehmer ohnehin schon die nötige Exotismus-/Pluralitätsrate sichergestellt.

ALLES DURCHORGANISIERT
Das Ende der Dichotomie von Hoch- und Populärkultur führte zum Phänomen einer durchkapitalisierten Massenkultur. Technische Möglichkeiten führten zu immenser Verbreiterung (massen-)kultureller Inhalte. Die Möglichkeit, breiten Bevölkerungsschichten die Teilhabe am "kulturellen Diskurs" zu ermöglichen, wurde durch die Standardisierung des Massengeschmacks durch den Kapitalismus mehr als nur überlagert ("Das Leben ist ein Hit"). Seit der halberzige "Bildungsauftrag" öffentlich-rechtlicher Medien endgültig dem "Quotanauftrag" gewichen ist, zeichnet sich immer klarer die Notwendigkeit des Aufbaus alternativer Medienstrukturen auf. Bespitzelt aber wird überall.

PS: Das Screenshots-Magazin gibt's am Zeitungskiosk, der D-Wagen ist manchmal orange und der Media-Markt hat die Taxi Orange-CD sicherlich besonders billig abzugeben...



Keine Abo-Karte mehr?

Du kannst uns auch fernmündlich bzw. fernschriftlich erreichen!

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

- WIEN-WEST:** Jeden Dienstag um 19 Uhr Club International, 16, Payerg. 14
- WIEN-MITTE:** Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8
- WIEN-SÜD:** Jeden Freitag um 19 Uhr Harlikarnas, 5, Spengerg. 31
- WIEN-NORD:** Jeden Freitag um 19 Uhr "Ess'n&Trinken", 20, Jägerstr. 38
- INITIATIVE SOLIDARITÄT:** Jeden 2. Montag im Monat, 18.00 Cafe Paganini, 9, Althanstr. 11-13
- FRAUENSTAMMTISCH:** (nur für Frauen) Jeden 2. & 4. Montag im Monat, 19.00 Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Die SAP-Treffpunkte:

- SAP:** Jeden Montag um 19.30 Uhr Grünes Lokal, 6, Eckertg./ Ecke Dürerg. und: Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8
- SAP:** Jeden Freitag um 19.00 Uhr

Die SLP-Veranstaltungen im November:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

- 11. NOVEMBER:** „URSACHEN UND LÖSUNGEN FÜR DEN NAHEN OSTEN“ SLP-WIEN-MITTE
- 13. NOVEMBER:** „GEWERKSCHAFTLICHE STRATEGIEN GEGEN NEOLIBERALISMUS!“ INITIATIVE SOLIDARITÄT - ÜBERFRAKTIONELLE BETRIEBSRÄTINNENINITIATIVE
- 17. NOVEMBER:** „POLIZEI & SPITZEL - WIE STEHT ES MIT DER SICHERHEIT?“ SLP-WIEN-NORD
- 24. NOVEMBER:** „IST DER MENSCH ZU SCHLECHT FÜR DEN SOZIALISMUS?“ SLP-WIEN-SÜD
- 28. NOVEMBER:** „ISRAEL/PALÄSTINS - KANN ES FRIEDEN GEBEN?“ SLP-WIEN-WEST

Demonstrationen im November:

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz, jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz (jede Woche geht's durch andere Bezirke!)

Neuigkeiten

aus dem CWI

Nigeria

Für Einheit und Sozialismus

Als Folge der sozialen Probleme häufen sich in Nigeria die ethnisch motivierten Gewalttaten und Morde. Die Zivilregierung, die der jahrzehntelangen Militärdiktatur gefolgt ist hat an Korruption, Ausbeutung und Unterdrückung nicht viel geändert. Es wird weiter privatisiert und soziale Dienste wie Gesundheitswesen und Bildung werden kommerzialisiert – mit verheerenden sozialen Auswirkungen für die Massen, die sich dann häufig in ethnischen Konflikten entladen. Die DSM, die nigerianische Schwesterorganisation der SLP, beschränkt sich daher nicht auf moralische Appelle, sondern fordert ein massives öffentliches Investitionsprogramm in Straßen, Wohnungen, Gesundheits- und Bildungswesen. Die DSM steht auch innerhalb der Gewerkschaften für die Zusammenarbeit aller arbeitenden Menschen und gegen ethnische Spaltungen. Ihr Programm reicht von demokratischen Rechten über demokratische, selbstorganisierte Verteidigungskomitees auf regionaler Ebene bis zu einer Regierung der ArbeiterInnen und der armen BäuerInnen.

Britannien

Gegen Abschiebungen

In den letzten Jahren hat die Socialist Party, die britische CWI-Sektion, eine Reihe von Kampagnen gegen die Abschiebung von AsylwerberInnen durchgeführt. Beim jüngsten Fall geht es um Rene Kouekam, einen Sozialisten und SP-Mitglied. Rene war in seiner Heimat Kamerun gegen das korrupte Regime aktiv, wurde verfolgt und floh nach Britannien. Obwohl selbst im letzten UNHCR-Bericht darauf hingewiesen wird, dass sich in Kamerun die Verstöße gegen die Menschenrechte häufen, will die britische Labour-Regierung Rene abschieben. In Kamerun werden zurückgeschobene Menschen mißhandelt und eingesperrt. Renes Fall wird u.a. von der "Transport and General Workers Union" unterstützt. Aufgrund der Kampagne wurde die Abschiebung bis 26. November ausgesetzt, Rene will seinen Fall vor den Obersten Gerichtshof bringen, die Kampagne wird fortgesetzt.

Deutschland

Anti-Nazi-Demo

Knapp 10.000 Menschen demonstrierten am 7. Oktober in Berlin gegen die Bundeszentrale der faschistischen NPD. Neun Menschen wurden in diesem Sommer bereits Opfer faschistischer Gewalt, das zeigt die Brisanz des Themas. Die SAV, die deutsche Schwesterpartei der SLP, organisierte seit Monaten für die Demonstration – tausende Flugblätter wurden vor Schulen und bei regelmäßigen Straßenaktionen verteilt, Plakate aufgehängt. Ein Drittel der Busse von außerhalb waren von der SAV organisiert. Im Gegensatz zu den moralischen Appellen vieler Gruppen betont die SAV die soziale Komponente und damit auch die Verantwortung der rot-grünen Regierung am Erstarken der Faschisten.

ArbeiterInnenaufstand in Jugoslawien

Milosevic ist weg! Was nun?

Nach über einem Jahrzehnt von Kriegen auf dem Balkan wurde das Regime von Milosevic durch eine revolutionäre Massenbewegung gestürzt. Der Westen bejubelt den Nationalisten Kostunica. ArbeiterInnen besetzten ihre Fabriken. Hoffnung und Enttäuschung liegen nah beieinander.

VON SONJA GRUSCH
SLP WIEN MITTE

Bis zu einer Million Menschen war am 5. Oktober in Belgrad auf der Straße. Ihnen gelang, was der Westen mit Embargo und Nato-Krieg nicht geschafft hatte: Milosevic zu vertreiben. Erstmals hatte sich die Opposition auf einen Kandidaten geeinigt. Aber nicht der Wahlsieg Kostunicas war die neue Qualität in Serbien sondern die veränderte Stimmung in der Bevölkerung. Der Wendepunkt war die Entscheidung der Bergarbeiter in Kolubara, einer ehemaligen Milosevic-Bastion, in den Streik zu treten. Den verschiedenen Teilen der Opposition, die die Massen brauchten, um das alte Regime zu stürzen, ging die Bewegung aber rasch zu weit. "Mit dem Zerfall von Milosevics Macht nehmen die ArbeiterInnen die kommunistische Rhetorik beim Wort und übernehmen die Unternehmen" berichtete die Financial Times am 11. Oktober. Anfangs riefen die bürgerliche Opposition zu Streiks auf, aber als

ArbeiterInnen begannen, Betriebe zu besetzen und Manager zu verjagen, meinten sie, die ArbeiterInnen sollten den neuen Machthabern alles weitere überlassen.

PRIVATISIERUNG ALS AUSWEG?

"In Diskussionen mit serbischen ArbeiterInnen und Jugendlichen hört man immer wieder: Es kann nicht mehr schlimmer werden." berichtet Vlado Bacic, CWI-Korrespondent in Serbien. Nach Jahren, in denen sich die soziale Situation unter dem Mafia-Kapitalismus von Milosevic immer mehr verschlechterte, gibt es Hoffnungen. Aber Kostunica und die neuen Machthaber der DOS haben klargemacht, sie stehen für weitere Privatisierung, Zurückdrängung des Staates und Wiederaufnahme in den IWF. "Das w i r t -

schaftliche Programm der DOS kann man in der Praxis schon in Ländern wie Kroatien, Bosnien, der Republik Serbien in Bosnien-Herzegowina oder Ungarn beobachten. Dort leben die Menschen kein glückliches und zufriedenes Leben.

Auch wenn einige Standards dort etwas besser sind als in Serbien, wird dort vor allem eine kleine Minderheit reich, während die Mehrheit entweder arbeitslos ist oder für wenig Geld hart arbeiten muss. Die sogenannte Hilfe aus dem Westen bedeutet die Macht des internationalen Kapitals in Serbien. Dagegen muss gekämpft werden." erklärt der sozialistische Aktivist Marko N. aus Belgrad.

KEIN FRIEDE UNTER KOSTUNICA

Der Westen erhofft sich von Kostunica vor allem Stabilität. Ob der Wunsch nach Unabhängigkeit, der

bei den Wahlen im Kosovo eindeutig geäußert wurde, umgesetzt wird ist dem Westen letztlich egal. Zwar gibt sich der als Ultranationalist bekannte Kostunica noch streichelweich, wenn es um die anderen, noch zu "Jugoslawien" gehörenden Nationalitäten geht, aber Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht sind für ihn letztlich ein rotes Tuch.

SELBSTBEWUßTSEIN GEWONNEN

Auch die unabhängige Gewerkschaft Nezavisnost, die nach eigenen Angaben ihre

Mitgliedschaft seit dem 5. Oktober auf 400.000 verdoppelt hat, ist für Privatisierung. Die politische Landschaft ist insgesamt verworren. Innerhalb des Oppositionsbündnisses DOS und bei "Otpor" (einer Oppositionsgruppe, die als Studierendenorganisation begann aber nun zehntausende Mitglieder hat und sich als Volksbewegung sieht) gibt es verschiedenste Strömungen. Was fehlt ist eine tatsächlich sozialistische Partei, die die Bewegung vorwärtsbringt. "Die, wenn auch geringe, Hilfe durch den Westen, die Aufhebung der Sanktionen und allein schon die Tatsache, das Serbien keinen Krieg führt kann kurzfristig zu Verbesserungen für Teile der Serb-Innen führen" meint Vlado Bacic, "aber die endgültige Durchsetzung von kapitalistischen Spielregeln, die Abhängigkeit von und die Ausbeutung durch die entwickelten kapitalistischen Länder wird weiterhin zu Massenarbeitslosigkeit, steigender Armut, sozialer Polarisierung, Instabilität führen, Serbien wird nicht wiederaufgebaut werden. Das ist ein Rezept dafür, dass die serbische ArbeiterInnenklasse die Erfahrungen und das Selbstbewußtsein, dass sie beim Sturz von Milosevic gewonnen hat, in Zukunft gegen die neue kapitalistische Elite einsetzt. Und dass auf Basis der kommenden Erfahrungen die Idee von ArbeiterInnendemokratie und echtem Sozialismus eine neue Basis finden werden."

BEI DER REDAKTION BESTELLEN:

"ArbeiterInnenaufstand in Serbien stürzt Milosevic" -
Stellungnahme des CWI
Zusendung erfolgt nach Überweisung



Blokbuster ist die belgische Schwesterorganisation der SchülerInnenAktionsPlattform

Kommunalwahlen in Belgien

Die Rechten marschieren!

Bei den belgischen Kommunalwahlen am 8. Oktober konnte der faschistische "Vlaams Blok" seine Stimmen in Antwerpen um 4 Prozentpunkte auf 33% erhöhen. Er verfügt nun über zumindest je einen Gemeinderat in der Hälfte aller flämischen Städte. Dieses Ergebnis drückt vor allem Unzufriedenheit gegenüber den Auswirkungen der neoliberalen Politik der bürgerlichen Parteien aus.

VON FLORENTIN DÖLLER,
SLP-WIEN SÜD

Eine Ursache dafür ist die zunehmend schlechter werdende soziale Lage. In Antwerpen ist ein Viertel aller Familien von Armut betroffen, 5% sind von Essensausgaben caritativer Organisationen abhängig! Die etablierten Parteien sind für diesen Schlamassel verantwortlich, denn deren Politik der letzten Jahre stand für Neoliberalismus, Sozialabbau und Rassismus. Der "Vlaams Blok" vertritt zwar dieselbe Politik, schafft es aber, sich als "Partei des kleinen Mannes" zu präsentieren - rechter Populismus funktioniert. Die etablierten Parteien sind gänzlich unfähig, den

"Blok" zu bekämpfen. Sie analysieren das Wahlergebnis bloß als allgemeinen "Ruck nach Rechts" und nehmen das zum Anlaß, noch mehr als zuvor selbst rassistische Politik zu betreiben.

WAS IST DIE ALTERNATIVE?

Dass es einen anderen Weg gibt, haben die Proteste der LKW-Fahrer gegen die hohen Treibstoffpreise gezeigt. Denn Ende September kam es zu großen Blockaden der "selbstständigen" LKW-Fahrer im wallonischen Teil von Belgien, die den Anstoß zu weiteren Aktionen gaben. Daraufhin kam es zu spontanen Streiks in Liège und Charleroi. Weiters streikten die Stahlarbeiter, gefolgt von BusfahrerInnen, Postbediensteten und

Handelsangestellten. Als eine Folge rief die Gewerkschaft zu einer nationalen Demonstration auf, wo sie 10.000 ArbeiterInnen erwartete. 25.000 ArbeiterInnen gingen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße! Bei den darauffolgenden Kommunalwahlen im wallonischen Teil von Belgien verloren die faschistische FN und Agir fast alle Gemeinderatssitze. In Brüssel mussten sie 44 von 46 Sitzen abgeben. In der Wallonie waren die Sozialdemokraten (PS) und die Grünen (Ecolo) die Wahlsieger. Das bedeutet nun (wenn auch geringe) Erwartungen in sie. Diese werden bald enttäuscht werden, wenn diese Parteien so weitermachen wie bisher. Und dies kann wiederum zum Wiedererstarken von Populisten, Rechtsextremen und Faschisten führen. Nur wenn es zu Klassenkämpfen kommt, wo ArbeiterInnen gemeinsam für ihre Rechte kämpfen, haben solche Kräfte mit

"Sündenbockpolitik" und Populismus keine Chance.

WIR MÜSSEN RECHTE STOPPEN!

Deswegen tritt unsere belgische Schwesterorganisation (Militant Links) auch für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei ein. Sie riefen zur Bildung linker Wahlbündnisse auf. In Gent kam eine solche unter dem Namen "LEEF" zustande und erreichte 0,7%. In Liège kandidierten wir auf der KP-Liste und erreichten 1,2%. In Oostende traten wir unter unserem eigenen Namen an und erhielten 93 Stimmen. Weiters organisierten wir Demonstrationen gegen den "Vlaams Blok" in Leuven, Oostende, Gent, Antwerpen und Brüssel. Nicht moralische Appelle stoppen die rechte Gefahr; daher unser Motto: Linke Alternative aufbauen; für eine neue ArbeiterInnenpartei - Kein Fußbreit den Faschisten!



Rechtsextremismus in Österreich:

Rechte Schläger haben wieder Rückenwind!

Mit dem "Weisenbericht" haben die EU-14 den Rechtsextremismus der FPÖ salonfähig gemacht. Die "Sanktionen" wurden fallengelassen; es gibt also nichts mehr, wovor wir uns fürchten müssten. Schließlich hat sich Haider schon vor Monaten nach Kärnten abgesetzt und ist nur mehr "einfaches" Parteimitglied.

**PABLO HÖRTNER
SLP WIEN MITTE**

Auch wenn es starke Sympathien der Bevölkerung z.B. in der Südtirolfrage gab, konnte sich die rechtsextreme Szene nur schwer in der Bevölkerung verankern. Gerade jetzt profitieren aber rechtsextreme Gruppen von der zunehmenden Stabilisierung der blauschwarzen Regierung. Eine Stabilisierung der Regierung bedeutet nicht nur weiteren Sozialabbau, sondern auch eine Stärkung des militanten Rechtsextremismus. Diesen Rückenwind können wir nur brechen, indem wir die Regierung stürzen.

WAHLKAMPFAUFTAKT DER FPÖ

Am Freitag, den 20. Oktober 2000, fand in der Wiener Stadthalle eine Veranstaltung der FPÖ statt, auf der auch Haider sprach. Am Ende der Veranstaltung wurden 5 Personen von 7 FPÖ-Sympathisanten attackiert. Dabei erlitten sie eine Schädelprellung, Gehirnerschütterung, eine offene Wunde am Oberarm bzw. eine Platzwunde am Kopf. "...seit ich regiere, traut sich wirklich kein Linker, ernsthaft zu demonstrieren...", so Haider während seiner Rede in der Stadthalle.

Das Motto, nach dem seitens der rechtsradikalen Skinheads gehandelt wurde: "Was der Haider nicht machen kann, das führen wir aus." und "Drunten wird geredet - draußen gehandelt!" Bis vor einigen Jahren war es fast schon Tradition, am 20. April, an Hitlers Geburtstag, gegen Nazis auf die Straße zu gehen. Heute können Skinheads Linke und "Nicht-ÖsterreicherInnen" prügeln und ungeniert marschieren. Beim Aufmarsch

zum Gedenken an die "Verteidigung Kärntens" vor 80 Jahren wurde ein Banner mit dem SS-Spruch "Unsere Ehre heißt Treue" und ähnlichem getragen. Da ist es nur noch passend, wenn die Nazi-Skins bei der Prügelei ein Transparent mit der Aufschrift "Wien darf nicht Kärnten werden", zerreißen.

"JETZT GEHTS LOS!"

In Graz nimmt die Polizeiwilkkür gegen linke AktivistInnen zu. Leute werden verhaftet, beschimpft, angezeigt. Am 1. November fand am Salzburger Kommunalfriedhof die von der "Kameradschaft IV der Waffen-SS" und anderen dubiosen Vereinigungen alljährlich organisierte Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal statt. Eine Kranzniederlegung zum Gedenken an "ermordete Salzburger, JüdInnen, Sinti und Roma, Zwangsarbeiter, Euthanasieopfer, Kriegsdienstverweigerer und Personen des Widerstands gegen die Nazis" (so der Aufruf) wurde mit Bescheid vom 30. Oktober von der Bundespolizeidirektion Salzburg verboten. Dabei brauchen die Kriegsverbrecher seit Jahren keine polizeiliche Genehmigung. "Der Friedhof ist ganz besonders am 1. November ein Tag des Totengedenkens. Ich glaube, dass da Versammlungen in solcher Weise keinen Platz haben.", meint Polizeidirektor Karl Schweiger.

ECHTER WIDERSTAND NÖTIG!

Ohne Widerstand, der die Regierung am Nerv trifft, wird sie auch künftig immer einen reaktionären Minister gegen einen anderen austauschen. Zeigen wir ihnen und ihren prügeln Verbündeten auf der Straße, dass es anders geht, und tun



Studierendenproteste in Britannien gegen die Studiengebühren

Britannien - Studiengebühren

Bezahlt wird nicht!

1997 kündigte die damals neue Regierung von Tony Blair die Einführung von Studiengebühren an. 1984 hatte das bereits die konservative versucht. Damals während des BergarbeiterInnenstreiks, reichte die bloße Ankündigung der StudentInnen, sich den Protesten anzuschließen, um die Einführung zu Fall zu bringen. Ein Beispiel für Österreich?

VON SASCHA PIRKER, SLP WIEN SÜD

1986 wollte die französische Regierung unter Chirac die Studiengebühren erhöhen. 300.000 Studenten auf der Strasse und ein Generalstreik war die Reaktion darauf und das Ende der Regierung. Zentral in diesen Bewegungen war die Vernetzung verschiedener Gruppen, die von den Regierungsmaßnahmen betroffen waren.

ZAHLUNGSBOYKOTT

Ein Problem in Österreich beim Kampf gegen Studiengebühren ist die Rolle der StudentInnenvertretung. Ähnlich verhielt sich die englische StudentInnengewerkschaft NUS 1997. Ein Grund warum die NUS ein bremsende Rolle spielte war die Tatsache, dass ihre Führung von New Labour Aktivistinnen gestellt wurde und so eine enge Beziehung zur Regierung bestand. In Österreich ist die Situation leider all zu ähnlich, so wird die ÖH durch die ÖVP nahe AG dominiert. Die Britische Schwesterpartei der SLP, die Socialist Party, hat seit 1997 einen Zahlungsboykott organisiert. Es wurden an mehr als 20 Universitäten Komitees gegründet. Im ersten Jahr wurden die Gebühren von 10% der Studierenden nicht bezahlt. Diese Zahlen stürzten die verantwortlichen Bürokraten in Panik, befürchtete man/frau doch eine zweite Anit-Kopfsteuer-Kampagne. Diese wahn-

witzige Steuer konnte sich nur drei Jahre, bis 1991 halten, nachdem sie von immer mehr Menschen nicht mehr bezahlt wurde. In ihrem letzten Jahr war die Zahlung von 88% verweigert worden.

AUCH IN ÖSTERREICH ORGANISIEREN

Auch die Zahlen des Zahlungsboykott sind im zweiten Jahr gestiegen. In einzelnen Colleges um ein Viertel. Essentiell für die bisher durchaus erfolgreiche Kampagne ist natürlich die Unterstützung durch die Lehrenden, der ProfessorInnen und des Mittelbaus. Es ist zu befürchten, dass Studiengebühren nun auch in Österreich eingeführt werden. Auf der Basis der britischen Erfahrungen kann dann auch in Österreich eine solche "Bezahlt wird nicht"-Kampagne organisiert werden.

STUDIENGEBÜHREN VERHINDERN

Internationale Erfahrungen haben aber auch gezeigt, dass es leichter ist, Verschlechterungen zu verhindern, als sie rückgängig zu machen. Daher ist JETZT der Widerstand der Studierenden notwendig, um die Einführung von Studiengebühren zu verhindern. Nicht Verhandlungen, nicht zuwarten und schon gar nicht "Kopf in den Sand stecken" können das erreichen. Sondern nur breiter und kämpferischer Widerstand. Jetzt organisieren und die Pläne von Gehrler & CO. zurückschlagen!

Die Sozialistische Linkspartei - Wer wir sind und was wir wollen:

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.